

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 06. Juli 2009 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Juli 2009) und **Antwort**

#### Weiterbau der A100 - verkehrliche Auswirkungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie begründet der Senat, dass entgegen seinen eigenen Angaben, nach denen der Autoverkehr in der Innenstadt durch den Weiterbau der A 100 zurückgehen soll, mit einer Zunahme des Kfz-Aufkommens am Humboldtforum um 2000 Fahrzeuge gerechnet wird?

Antwort zu 1.: Das ist kein Gegensatz. Aus der Betrachtung einer kleinräumigen lokalen Situation innerhalb der Innenstadt wie am Humboldtforum können keinesfalls Schlussfolgerungen für die zukünftige Verkehrsentwicklung in der gesamten Innenstadt mit ihrem umfangreichen Straßennetz gezogen werden. Durch die Planungen für die Museumsinsel und das Humboldt-Forum entsteht nur im geringen Umfang neuer Verkehr.

Frage 2: Falls der Senat hier mit 2000 zusätzlichen Bussen rechnet, welche Konsequenzen hätte dies für den Modal Split am Humboldtforum und welche Konsequenzen hätte dies für das dortige Verkehrskonzept?

Antwort zu 2.: Im Ergebnis der aktuellen Verkehrsuntersuchung zum Humboldt-Forum wird für den Reisebusverkehr von ca. 110 Fahrten von Reisebussen/Tag (An- und Abfahrten am Forum) ausgegangen. Busverkehr wird dem öffentlichen Verkehr zugerechnet, das modalsplit Ziel bleibt deshalb unberührt. Das Verkehrskonzept für Museumsinsel und Humboldt-Forum berücksichtigt den erwarteten zusätzlichen Verkehr.

Frage 3: Wie bewertet der Senat die Befürchtungen, dass der anliegende Rudolfskiez erheblich vom Durchgangsverkehr belastet und damit die Wohnqualität entwertet wird?

Antwort zu 3.: Aufgrund der Stellungnahme des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg als Träger öffentlicher Belange und von privaten Einwendern werden zurzeit vom Vorhabenträger die Betroffenheiten des Rudolfskieses geprüft.

Frage 4: Wie bewertet der Senat, dass öffentliche Plätze und Bahnhöfe durch die Überbauung durch eine Autobahn städtebaulich entwertet werden?

Antwort zu 4.: Eine Überbauung von öffentlichen Plätzen oder gar Bahnhöfen ist nicht vorgesehen.

Frage 5: Wie bewertet der Senat, dass die Gebiete um den S-Bahnhof Frankfurter Tor und den Bahnhof Treptower Park an Aufenthaltsqualität verlieren und zu vergleichbaren Orten wie der Breitenbachplatz verkommen?

Antwort zu 5.: Mit dem 16. Bauabschnitt (BA) der A 100 wird sich die städtebauliche Situation um den S-Bahnhof Treptower Park gegenüber heute wenig ändern. Am Bahnhof Treptower Park wird die bestehende Infrastrukturtrasse lediglich verbreitert. Ein bestehender Platz, vergleichbar dem Breitenbachplatz, wird nicht zerschnitten und dadurch zerstört. Der Treptower Park selbst ist von der Autobahn nicht betroffen, er wird vom Durchgangsverkehr entlastet.

Am S-Bahnhof Frankfurter Allee wird es sich ähnlich verhalten. Eine grundsätzliche Verschlechterung der städtebaulichen Situation infolge der neuen Verkehrssituation ist nicht zu erwarten. (Für den 17. BA der A 100 liegen keine konkretisierten Planungen vor.)

Frage 6: Wie will der Senat den nach eigenen Aussagen aus verkehrlicher Sicht unverzichtbaren 17. Bauabschnitt gegen den Willen der Bevölkerung und gegen den Willen der politischen Mehrheiten in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg durchsetzen?

Frage 7: Erwägt der Senat den 17. Bauabschnitt in Tunnellage und doppelgeschossiger Bauweise in der Friedrichshainer Bahnhofstraße gegen den Willen der AnliegerInnen angesichts des hohen Solidarierungsgrades der Bevölkerung unter Polizeischutz zu bauen wegen der täglichen Protestaktionen bzw. Demonstrationen?

Antwort zu 6. und 7.: Auch für den 17. BA ist ein Planfeststellungsverfahren erforderlich. Dies gewährleis-

tet eine detaillierte Auseinandersetzung mit den konkret vorgebrachten Bedenken. Ein Planfeststellungsbeschluss muss einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

Der Senat geht davon aus, dass rechtmäßig zustandegewordene Planungen auch in Zukunft umgesetzt werden.

Frage 8: Wie rechtfertigt der Senat, dass der zur Aufwertung der Lebensqualität der BewohnerInnen des Hochhauses nahe des Kietzer Weges vor kurzem mit EU-Mitteln hergestellte Park „Das grüne Band“ vernichtet wird, wenn die Autobahn bis zur Frankfurter Allee verlängert wird?

Antwort zu 8.: Durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen würde die Beeinträchtigung kompensiert werden. Derartige Probleme werden regelmäßig im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung und im Landschaftspflegerischen Begleitplan betrachtet und gelöst.

Frage 9: Welche Kosten sind für den Park entstanden und wer zahlt das Geld an die EU zurück?

Antwort zu 9.: Das Gesamtvorhaben wurde mit 743.661,61 € gefördert. Es besteht aus mehreren Einzelvorhaben/Bauabschnitten. Als Erstes wurde der Park zwischen Wilhlem-Guddorf-Straße, Bahndamm, Gürtelstraße und Tasdorfer Straße angelegt.

Von diesen Mitteln entfielen rund 400.000 € auf den ggf. betroffenen nördlichen Bauabschnitt; drei Viertel dieser Mittel (also 300.000 €) stammen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Da dieser Bauabschnitt 2003 errichtet wurde, ist die von der EU vorgegebene Bindungsfrist von 5 Jahren bereits abgelaufen. Die im Zuwendungsbescheid verankerte Bindungsfrist von 10 Jahren endet im Jahr 2013. Damit ist nicht von einer Rückzahlung der Mittel auszugehen.

Frage 10: Weshalb stellt sich der Senat mit dem Planfeststellungsverfahren für den Weiterbau der A100 gegen die Parteibeschlüsse der Parteien, die dieser Senat repräsentiert?

Antwort zu 10.: Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens erfolgte auf der Basis der derzeit gültigen Planwerke (Bundesverkehrswegeplan, Stadtentwicklungsplan Verkehr).

Grundlage der Arbeit des Berliner Senates sind die Beschlüsse des Senates und des Abgeordnetenhauses. Beschlüsse von Parteien und Vereinbarungen zwischen Parteien haben für das Verwaltungshandeln des Berliner Senates keine Bedeutung.

Berlin, den 24. Juli 2009

In Vertretung

Krautzberger

.....  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juli 2009)